

VERTRAULICH
bis zur Feststellung des
schriftlichen Ergebnisses der
letzten nicht öffentlichen
Ausschusssitzung durch
die/den Vorsitzende/n!

Stadt Heidelberg
Dezernat I, Amt für Gleichstellung von Frau und Mann- Gleichstellungsbeauftragte

"Lokales Bündnis für Familie"

Informationsvorlage

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Behandlung	Kenntnis genommen	Handzeichen
Haupt- und Finanzausschuss	29.11.2006	N	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein	
Ausländerrat/Migrationsrat	05.12.2006	N	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein	
Gemeinderat	07.12.2006	Ö	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein	

Inhalt der Information:

Der Haupt- und Finanzausschuss, der Ausländerrat/Migrationrat und der Gemeinderat nehmen die Information zur Kenntnis.

Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Nummer/n: (Codierung)	+ / - berührt:	Ziel/e:
QU 4	+	Ziel/e: Gleichstellung von Frauen und Männern Begründung: Erfahrungen aus West- und Nordeuropa zeigen: Erfolgreiche Gleichstellungspolitik wirkt positiv auf die Bereitschaft, Kinderwünsche zu realisieren. Ziel/e:
QU 5	+	Ziel/e: Vielfalt der Lebensformen ermöglichen, Wahlfreiheit der Lebensgestaltung unterstützen Begründung: Das Thema Familienfreundlichkeit gehört in alle Lebenszusammenhänge und politischen Themenstellungen in unserer Kommune und wirkt sich auf diese aus: Es betrifft Bildung und Kultur in Heidelberg genauso wie Erwerbsarbeit und die politische Herausforderung gerechter ökonomischer Teilhabe. Es hat Konsequenzen für die Herausforderungen beim Thema Gesundheit, gesunde Umwelt, Gewaltfreiheit, Sicherheit, Diskriminierungsfreiheit, demokratische Beteiligung oder bürgerschaftliches Engagement. Ziel/e:
AB 10		Ziel/e: Position der Frauen auf dem Arbeitsmarkt stärken.
AB 11	+	Ziel/e: Vereinbarkeit von beruflicher Tätigkeit mit Erziehungs- und Pflegeaufgaben erleichtern. Begründung: Es besteht unübersehbar ein Zusammenhang zwischen Mutterschaft/ Elternschaft und stabiler Beschäftigungssituation.

2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

keine

Begründung:

Um auf lokaler Ebene konkrete Verbesserungen für Familien anzustoßen, hat das Bundesfamilienministerium im Januar 2004 die Initiative Lokale Bündnisse für Familie gestartet. Seitdem hat sich nach eigener Aussage die Initiative mit bemerkenswerter Dynamik zu einem Erfolgsmodell entwickelt, das bundesweit Schule macht und einen dauerhaften Mentalitätswandel vorantreibt. 335 Bündnisse an 615 Standorten, in deren Einzugsbereich über 35 Millionen Menschen leben, setzen mittlerweile neue Standards für familienfreundlichere Städte und Kommunen.

In der Informationsbroschüre zur Initiative der „Lokalen Bündnisse für Familie“ lautet die Zieldefinition: ein positives Klima für Familien schaffen. Junge Menschen sollen ihre Kinderwünsche verwirklichen können und Eltern, insbesondere bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, unterstützt werden. Dies soll durch den Zusammenschluss verschiedener gesellschaftlicher Gruppen und Akteure, wie Verwaltung und Unternehmen, Kammern und Verbände, Vereine, freie Wohlfahrtsträger und Kirchen, Gewerkschaften und Ausländer-/Migrationsräte, Elternbeiräte, Kindergärten und Schulen und viele mehr, bewirkt werden. Wer sich hier vernetzt, hat erkannt, dass gemeinsames Denken und Handeln neue Chancen für eine familienfreundliche Kommune eröffnen.

Laut einer Analyse des Infratest-Instituts vom Dezember 2005 hat durch die Bündnisarbeit bereits ein „erstaunlicher Imagewandel in der öffentlichen Wahrnehmung“ stattgefunden. Eine aktuelle Untersuchung der Prognos AG belegt zudem den ökonomischen Mehrwert der Bündnisse für Unternehmen und Kommunen. Familienpolitik sei durch sie zu einem „Gewinnerthema“ geworden, das für „Aufbruch und für Zukunftsgestaltung“ stehe und das gesellschaftliche Klima bereits maßgeblich verändert habe.

Schon vor dem Start der Bundesinitiative der „Lokalen Bündnisse für Familie“ und ohne dem Bündnis formal anzugehören, hat die Stadt Heidelberg es als ihre besondere Aufgabe angesehen, sich aktiv für Familienfreundlichkeit in der Kommune einzusetzen. Imponierendster Ausdruck für dieses Engagement ist die im Landes- und Bundesvergleich herausragende Position Heidelbergs beim Ausbau der Kinderbetreuung. Nicht weniger wichtig ist die geleistete Arbeit zur Gewährleistung gemeinsamer qualitativer Zielsetzungen, wie beispielsweise der Umgang mit sprachlicher und kultureller Vielfalt.

Darüber hinaus wurde das komplexe Thema Familienfreundlichkeit in den Zusammenhang der Heidelberger Initiativen zum Demographischen Wandel integriert, welche in die bekannten Beschlussfassungen „Handlungskonzept Demographischer Wandel in Heidelberg“ mündeten. Angesichts der Bedeutung der Bevölkerungsentwicklung für die Zukunft unserer Stadt, wird verstärkt die Aufgabe gesehen, dafür Sorge zu tragen, dass Heidelberg für Menschen mit Kindern attraktiv ist. Es soll motivierend sein, Kinder in Heidelberg zu bekommen und großzuziehen. Das trägt nicht nur zu einer ausgewogenen Bevölkerungszusammensetzung und Alterstruktur bei, sondern ist außerdem als Standortfaktor zu werten: EinwohnerInnenverluste sollen vermieden werden, Heidelberg soll Magnet für qualifizierte Arbeitskräfte sein, die Wirtschaftskraft soll gestärkt werden. Wie bereits mit der Fortschreibung des Stadtentwicklungsplans verabschiedet, wollen und müssen wir uns insgesamt der Problematik stellen, die aus dem Geburtenrückgang und der Abwanderung von Familien und der Zuwanderung von Migrantinnen und Migranten erwachsen.

Damit unsere Maßnahmen nicht ins Leere gehen, dürfen wir die wenig diskutierten erwerbspolitischen Aspekte des demographischen Wandels nicht ignorieren. Kommt es in Deutschland trotz insgesamt steigendem Wohlstand zu einer sinkenden Geburtenrate, so gilt das nicht für die einkommens- und kaufkraftstarken Länder in West- und Nordeuropa. Eine hohe Arbeitsmarktintegration von Frauen – in der Regel Vollzeitbeschäftigung – befördert eine steigende Geburtenziffer. Deutschland liegt im europäischen Vergleich an 17. Stelle, werden die tatsächlich erbrachten Erwerbsarbeitszeiten verglichen (Quelle Europäische Kommission). Aus OECD Erhebungen ergibt sich, dass in den skandinavischen Ländern zwischen Frauen ohne Kinder und Frauen mit einem Kind praktisch kein Unterschied hinsichtlich der Beschäftigungsquote besteht (Quelle Kröhnert et al. Berliner Institut für Bevölkerung und Entwicklung). Demgegenüber reduziert sich im europäischen Vergleich die Erwerbsbeteiligung von deutschen Frauen deutlich stärker als auch in Frankreich, Niederlanden, Österreich, England, sobald sie Kinder haben. (Quelle EUROSTAT)

Für Schweden und Frankreich ist außerdem belegt, dass es zwischen dem Ausbildungsberuf/Studienabschluss einer Frau und der Entscheidung für ein Kind eine positive Beziehung gibt: Die Entscheidung für einen techniknahen Beruf ebenso wie für einen Studienabschluss in Naturwissenschaften und Technik wirken sich positiv auf die Geburtenrate aus. (Quelle Kröhnert et al. Berliner Institut für Bevölkerung und Entwicklung) Bekanntlich sind die Einkommen in diesen Berufszweigen deutlich attraktiver als in den typischen Frauendomänen. Auch unter diesem Gesichtspunkt wirkt erfolgreiche Gleichstellungspolitik auf die Bereitschaft, Kinderwünsche zu realisieren, ein. Auf je 1000 Frauen zwischen 20 und 29 Jahren kommen in Frankreich 12,1 und in Schweden 7,6 Hochschulabsolventinnen mit naturwissenschaftlich-technischem Abschluss. Deutschland rangiert mit 3,6 je 1000 Frauen deutlich darunter.

Der Zusammenhang zwischen Mutterschaft/ Elternschaft und stabiler Beschäftigungs- beziehungsweise Einkommenssituation, der zum Beispiel auch unter dem Aspekt der völlig veränderten Bildung von Frauen sowie steigender Scheidungsraten zu betrachten wäre, kann hier nicht näher verfolgt werden. Ebenso wenig die beeindruckenden Länderunterschiede bei der Beteiligung von Vätern im Bereich der Kinderbetreuung und Hausarbeit. Die benannten Aspekte können aber den Blick dafür schärfen, dass wir mit einer Verkürzung unseres politischen Handelns allein auf die Familie die vereinbarten Ziele verfehlen.

Die Stadt Heidelberg gehört bisher nicht dem Bündnis für Familie an. Mit der Verabschiedung des Handlungskonzeptes Demographischer Wandel durch den Gemeinderat am 2. August 2006 wurde der formale Beitritt zum „Lokalen Bündnis für Familie“ beschlossen:

„Beitritt der Stadt zu der bundesweiten Aktion „Lokale Bündnisse für Familien“:
Heidelberg hat auf dem Weg zur „familienfreundlichen Stadt“ bereits sehr viel getan. Dieser Weg muss mit neuen Maßnahmen und Partnern weitergegangen werden. Bei einem Beitritt der Stadt zu der bundesweiten Aktion „Lokale Bündnisse für Familien“ soll mit den bestehenden Initiativen in Heidelberg zusammen gearbeitet werden. Beim Ausbau von Partnerschaften und sozialen Netzwerken soll zuerst auf bereits vorhandene Netzwerke zurückgegriffen und eine mögliche Zusammenarbeit geprüft werden. Es wäre sinnvoll Maßnahmen mit den Zielen zum Corporate Citizenship zu verknüpfen. Unternehmen können so zur Mitarbeit bei einem „Lokalen Bündnis für Familien in Heidelberg“ gewonnen werden.“

Der folgende Zwischenbericht skizziert wesentliche Aspekte des bisherigen sowie des geplanten Engagements und kann somit als Grundlage für die weitere Umsetzung des Beschlusses unter der Federführung der neuen Stadtspitze dienen.

I. Was wurde bereits in Heidelberg umgesetzt?

Aus mehreren Fachperspektiven wurde an der komplexen Thematik Familienfreundlichkeit gearbeitet. Einige ausgewählte Beispiele sollen skizzieren, welche weitreichenden Anstrengungen bereits unternommen wurden. Details können den entsprechenden aktuellen beziehungsweise Vorlagen der vergangenen Jahre entnommen werden, sowie den Rechenschaftsberichten der Fachämter.

Im Prinzip gehört das Thema Familienfreundlichkeit in alle Lebenszusammenhänge und politischen Themenstellungen in unserer Kommune und wirkt sich auf diese aus: Es betrifft Bildung und Kultur in Heidelberg genauso wie Erwerbsarbeit und die politische Herausforderung gerechter ökonomischer Teilhabe. Es gehört zu der Art und Weise der Verantwortungsübernahme für Fürsorge und Pflege in unserer Stadt, genauso wie zu den Lebensbereichen Wohnen, Nahversorgung und Mobilität oder Spiel-, Sport, Erholung. Es hat Konsequenzen für die Herausforderungen beim Thema Gesundheit, gesunde Umwelt, Gewaltfreiheit, Sicherheit, Diskriminierungsfreiheit, demokratische Beteiligung oder bürgerschaftliches Engagement.

Im Folgenden wird das Engagement der Stadt Heidelberg unter vier für das Thema Familienfreundlichkeit wesentlichen Schwerpunkten dargestellt:

1. Vereinbarkeit von Erziehungsverantwortung und Berufstätigkeit
2. Bildung und Erziehung vom Kleinkind bis zum Schulkind
3. Kinderfreundliches und familienfreundliches Lebensumfeld
4. Öffentlichkeitsarbeit

1. Vereinbarkeit von Erziehungsverantwortung und Berufstätigkeit

Stadtverwaltung Heidelberg als Arbeitgeberin

Die Arbeitgeberin Stadtverwaltung setzt sich nachdrücklich für eine Zukunft mit Kindern ein und unterstützt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf auf vielen Ebenen. Die Bewältigung der Herausforderungen, Erziehungsverantwortung und Berufstätigkeit vereinbaren zu können, wird nicht in der Alleinverantwortung von Eltern gesehen, sondern als ständige Herausforderung für alle Personalverantwortlichen betrachtet. Ob es auch tatsächlich immer so behandelt wird, bedarf einer kontinuierlichen prüfenden Auseinandersetzung. Mit dem vom Gleichstellungsamt entwickelten datengestützten Controlling und Berichtswesen, das vom Personal- und Organisationsamt regelmäßig erarbeitet wird, ist eine wichtige Grundlage für einen stetigen Selbstoptimierungsprozess gelegt. Dies sowohl im Hinblick auf die Vereinbarkeitsthematik als auch unter dem Gesichtspunkt der Gleichbehandlungspflicht. Beispielsweise darf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht zu Lasten der Chancengleichheit von Eltern, insbesondere von Frauen gehen.

Familienfreundlichkeit ist wichtiger Bestandteil der bereits 1995 in Kraft getretenen Dienstvereinbarung der Stadtverwaltung Heidelberg zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern, die unter Federführung des Amtes für Gleichstellung entwickelt wurde.

(Gleichstellungsvereinbarung, www.heidelberg.de/servlet/PB/menu/1125835/index.html)

Allein in der Gleichstellungsvereinbarung gibt es zum Thema Vereinbarkeit zehn wichtige Aussagen.

1. Stellenausschreibung (Paragraph 4.1)
2. Auswahlverfahren (Paragraph 4.2)
3. Beförderung / Höhergruppierung (Paragraph 4.6)
4. Fort- und Weiterbildung (Paragraph 5)
5. Beurlaubung und Wiedereinstieg (Paragraph 7)
6. Beurlaubung (Paragraph 7.1)
7. Wiedereinstiegshilfen (Paragraph 7.2)
8. Rahmenbedingungen zur Erleichterung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Kinderbetreuung (Paragraph 8.1)
9. Flexible Arbeitszeit (Paragraph 8.2)
10. Teilzeit (Paragraph 8.3)

Besonders hervorzuheben ist hier Paragraph 7.2: „Für Wiedereinsteigerinnen und Wiedereinsteiger steht eine Beratungsstelle beim Personal- und Organisationsamt zur Verfügung.“

Im 2004 verabschiedeten Fortbildungsleitbild ist festgelegt, dass Fortbildungsangebote den unterschiedlichen beruflichen Situationen entsprechen müssen. Besondere Erwähnung finden hier die berufserfahrenen und die älteren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Danach benötigen

- Berufsanfängerinnen und Berufsanfänger besondere Unterstützung wegen des so genannten „Praxisschocks“ und zum Verständnis der organisatorischen Strukturen und müssen je nach Ausbildungsart die Praxisanforderungen erst noch erlernen.
- Teilzeitkräfte unter anderem Managementfähigkeiten, um Beruf und Familie oder mehrere Beschäftigungsverhältnisse zu vereinbaren.
- berufserfahrene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine Möglichkeit, sich ihre Motivation und Flexibilität durch die Begegnung mit anderen Fachgebieten zu erhalten, neue Wissensgebiete zu erschließen und ihre Erfahrungen an andere weiterzugeben.
- aufstiegsorientierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter spezifische Angebote, ihre Führungsqualifikationen möglichst optimal zu entwickeln.
- Neueinsteigerinnen und Neueinsteiger, Umsteigerinnen und Umsteiger sowie Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger eine schnelle und verständliche Einführung in die organisatorischen Strukturen der Verwaltung, über Verwaltungsabläufe und über den aktuellen Stand der Arbeitsmittel, insbesondere der EDV.
- Wiedereinsteigerinnen und Wiedereinsteiger neben der Aktualisierung ihres fachlichen und technischen Wissens Angebote, um sich in den veränderten organisatorischen Strukturen zurechtzufinden.
- ältere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als besonders erfahrene Kräfte gezielte Methoden und Kenntnisse, um ihre Erfahrungen angemessen weitergeben zu können und Angebote zur Erhaltung ihrer Gesundheit und Flexibilität.

Außerdem unterstreicht die Stadtverwaltung auch hier ihr Engagement für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf: „Es sollen Möglichkeiten gefunden werden, bei Bedarf eine adäquate Betreuung für Kinder und andere versorgungs- und pflegebedürftige Familienangehörige während der Kompaktseminare sicherzustellen.“

Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ein Aspekt der Chancengleichheit von Frauen und Männern, einem Politikfeld, für das die Stadtverwaltung 1998 mit dem "TOTAL E-QUALITY" Preis eine Auszeichnung bekam. Über Ergebnisse der im Gesamtzusammenhang geleisteten Arbeit wurde im Gemeinderat am 12. Oktober 2006 berichtet.

Die Gesellschaften der Stadt wurden im Rahmen einer eigenen Schulung für alle Personalverantwortlichen mit den Konsequenzen der Dienstvereinbarung für die zukünftige Personalentwicklung vertraut gemacht.

Federführende Ämter: Personal- und Organisationsamt, Amt für die Gleichstellung von Frau und Mann sowie alle Personalverantwortlichen und der Gesamtpersonalrat.

Stadtverwaltung Heidelberg im Bündnis mit Heidelberger Unternehmen

- Zur Sensibilisierung von Arbeitgebern wurde 1998 eine Befragung bei 158 Heidelberger Unternehmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf durchgeführt. Es kam im Anschluss zu einem mehrere Monate andauernden Beratungsprozess über betriebliche Modelle der Unterstützung von Kinderbetreuung im Rahmen des „Forums Wirtschaftskraft Frauen“ unter Federführung des Amtes für Gleichstellung.
- Darüber hinaus entstand die 1998 erstmals aufgelegte erfolgreiche Broschüre „Frau und Beruf – Einstieg, Umstieg, Aufstieg“, die bis heute jährlich aktualisiert wird und einen strukturierten Überblick über die Weiterbildungsangebote in der Region Heidelberg auch unter dem Gesichtspunkt der Familienfreundlichkeit bietet.

- Repräsentative Unternehmensbefragung 2006 zum Thema Vereinbarkeit im Arbeitsleben in Heidelberg als Bestandteil einer Befragung in der Metropolregion auf Initiative des Heidelberger Amtes für Gleichstellung: Die Umfrage thematisiert alle relevanten Aspekte zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch und gerade mit Blick auf den demographischen Wandel. Die Ergebnisse, die im Frühjahr 2007 zur Verfügung stehen sollen, dienen zum einen der Intensivierung der Zusammenarbeit bei der Verbesserung der betrieblichen Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Zum anderen bieten sie die Möglichkeit, datengestützt die Zukunftspotenziale von Heidelberg sichtbar zu machen. Diese Stuserhebung kann dazu beitragen, auch mittel- und langfristig überzeugend den Erfolg des gemeinsamen Engagements in Heidelberg und der Metropolregion öffentlichkeitswirksam darzustellen (Monitoring).

Federführende Ämter: Amt für die Gleichstellung von Frau und Mann, die Direktion für allgemeine Verwaltung, Wirtschaft und Beschäftigung, themenbezogen das Kinder- und Jugendamt.

Heidelberg in der Metropolregion

- Im Arbeitskreis Vereinbarkeit von Beruf und Familie arbeitet die Stadt Heidelberg mit, vertreten durch das Kinder- und Jugendamt, das Amt für die Gleichstellung von Frau und Mann, das Amt für Statistik und Stadtentwicklung, sowie zahlreiche andere Kommunen, Unternehmen, Forschungseinrichtungen, Kammern, Verbände, Vereine und Organisationen. Entwicklung zur familienfreundlichsten Modellregion und Steigerung der Attraktivität für junge Familien, um Führungskräfte in die Region zu ziehen: Das sind die erklärten Ziele der Metropolregion und des Arbeitskreises Vereinbarkeit.

Die bisherigen Erfolge dieses Arbeitskreises der Metropolregion Rhein-Neckar sind unter anderem:

- Transparenz über bestehende Angebote (Kleinkind-/Kinderbetreuung) mittels einer Online-Datenbank
- Qualität und Qualifizierung der Kinderbetreuung (Netzwerk zur Verbesserung des Qualitätsstandards in Kitas)
- Existenzgründungen im familiennahen Umfeld
- Öffentlichkeitswirksame Präsentation der Aktivitäten in der Metropolregion

Darüber hinaus ist auf Initiative des Heidelberger Amtes für Gleichstellung in Kooperation mit der IHK Rhein-Neckar und der Metropolregion die oben genannte Unternehmensbefragung in der Metropolregion durch eine Forschergruppe an der Universität Mannheim auf den Weg gebracht worden.

Federführende Ämter: Kinder- und Jugendamt, Amt für die Gleichstellung von Frau und Mann.

Handlungskonzept Demographischer Wandel in Heidelberg

Die oben skizzierten Maßnahmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Erziehungsverantwortung und Berufstätigkeit entsprechen dem „Handlungskonzept Demographischer Wandel in Heidelberg“ in den folgenden Aspekten:

„Quantitativer und qualitativer Ausbau der stadtteilbezogenen Angebote zur bedarfsorientierten, ganzjährigen, ganztägigen Betreuung von Kindern und Jugendlichen, die flexibel buchbar sind. Im Vordergrund steht die Sicherstellung der hohen Qualität. Bei der Entwicklung der Kleinkinderbetreuung soll mit den jeweiligen Initiativen und Trägern zusammen gearbeitet werden (zum Beispiel Tagesmütterinitiative, Patenoma-Dienste) und diese sollen gegebenenfalls durch Qualifizierungsangebote unterstützt werden. Gerade bei der Frage um die Unterstützung der Familien mit (Klein)-Kindern spielt das direkte Wohnumfeld, also das Quartier oder der Stadtteil, eine wichtige Rolle.“

„Organisation eines kontinuierlichen Dialogs mit Unternehmen und Schlüsseleinrichtungen in Heidelberg zur Bewältigung des demographischen Wandels. Hierfür eignen sich unter anderem die Wirtschaftskonferenzen als Plattform. Ein Dialog bietet die Chance, voneinander zu lernen. Dies gilt insbesondere für die Themen Gleichberechtigung, familienbewusste Arbeitszeiten und Unterstützungsangebote für Rückkehrwillige.“

2. Bildung und Erziehung vom Kleinkind bis zum Schulkind

Kleinkinder

Im Stadtkreis Heidelberg kümmern sich 27 Träger der Jugendhilfe mit 87 Kindertagesstätten um die Betreuung von rund 11.200 Kindern im Alter von zwei Monaten bis 10,5 Jahren. Die größte Trägerin von Kindertagesstätten ist die evangelische Kirche mit 23 Einrichtungen, danach folgen die Stadt Heidelberg mit 21 und die katholische Kirche mit 15 Einrichtungen. Die übrigen 28 Einrichtungen werden von 24 Trägern betrieben.

Seit dem 1.1.2004 ist das Kindergartenwesen in der alleinigen Verantwortung der Kommune (Kommunalisierung des Kindergartenwesens in Baden-Württemberg). Zuschüsse an freie Träger werden in Heidelberg dann gewährt, wenn die Einrichtung der örtlichen Bedarfsplanung entspricht. Um die Förderung zu regeln, wurde am 2.6.2004 die „Örtliche Vereinbarung zur Förderung von Kindertageseinrichtungen in Heidelberg“ zwischen Stadt und freien Trägern abgeschlossen. Die Stadt fördert die bereitgestellten Plätze der Bedarfsplanung.

Bei der Versorgung von Plätzen für das Segment der 0-3 Jährigen ist Heidelberg Spitze in Westdeutschland. Dennoch sind wir von einer bedarfsgerechten Versorgung noch weit entfernt.

Anzahl der Kinder (Stand 1.03.06):	3.207
Plätze insgesamt	721
davon Ganztagesplätze	417
Versorgungsgrad durch Plätze in Einrichtungen	22,48 Prozent
Ganztagsversorgungsgrad	13,00 Prozent
Plätze in Kindertagespflege	96
Versorgungsgrad insgesamt	25,48 Prozent

Quelle: Kinder- und Jugendamt

Die Bundesregierung hat im August 2006 den ersten Bericht über den Stand des Ausbaus für ein bedarfsgerechtes Angebot an Kindertagesbetreuung für Kinder unter drei Jahren vorgelegt. Der Versorgungsgrad dieser Altersgruppe weist immer noch einen starken Unterschied zwischen den östlichen und westlichen Bundesländern aus. Die östlichen Bundesländer haben einen Versorgungsgrad von 39 Prozent (Plätze in Einrichtungen und Tagespflege), die westlichen Bundesländer inklusive Berlin einen Versorgungsgrad von 9,6 Prozent. Für das ganze Bundesgebiet ergibt sich eine Versorgung von 13,7 Prozent. Im Vergleich: In Heidelberg gibt es für jedes vierte Kind unter drei Jahren einen Betreuungsplatz.

Vorschulkinder

Im Segment der 3-6 Jährigen haben wir derzeit in Heidelberg 3518 Kinder mit Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz und 3541 Plätze, also ist die gesetzliche Vorgabe zu Beginn des Kindergartenjahres 2006/2007 punktgenau erfüllt. Im Bereich der städtischen Kitas haben die Eltern die Möglichkeit, zwischen einem Grundangebot von 6 Stunden mit und ohne Mittagessen und einer Tagesbetreuung von 7, 8 oder 9 Stunden zu wählen.

Anzahl der Kinder (Stand 1.03.06):	3518
Plätze insgesamt zum 1.09.06	3541
davon Ganztagesplätze	1343
Versorgungsgrad insgesamt	100,65 Prozent
Ganztagsversorgungsgrad	38,20 Prozent

Quelle: Kinder- und Jugendamt

Neben der quantitativen Dimension gibt es inhaltliche Aspekte, die bei der weiteren Ausgestaltung der Kinderbetreuung nicht vernachlässigt werden dürfen. Frühkindliche Erziehung und Bildung sind erste Schritte eines lebenslangen Lernprozesses. Stichworte sind: Sprach- und Musikförderung (gegebenenfalls Zweisprachigkeit), Integration und interkulturelle Erziehung, Familien in die Kitas einbeziehen, Vermittlung sozialer Kompetenz, Abbau von Geschlechterrollenklischees, aktive Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und Betreuung in einem ganzheitlichen, pädagogischen Konzept, das auch Gesundheitsprophylaxe und Suchtvorbeugung sowie Präventionsmaßnahmen zur Stärkung des Kindes und zum Schutz vor Gewalt umfasst. Ziel ist die Förderung des einzelnen Kindes nach Alter und Entwicklung, nach Schwerpunkten der Begabung und gemäß der jeweiligen Lebenssituation.

Dieser Auftrag und dieser Anspruch sind nur zu erfüllen, wenn geeignete Maßnahmen zur Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung entwickelt werden. Dazu wurde ein Heidelberger Netzwerk geknüpft, das gerade dabei ist, ein dreijähriges Modellprojekt zu diesem Thema auszuarbeiten. Zu diesem Netzwerk gehören neben der Stadt die Kirchen und freien Träger, die Schulen, die Elternvertretung, das Gesundheitsamt, die Pädagogische Hochschule, die Kinder- und Jugendpsychiatrie und das Institut für Deutsch als Fremdsprache.¹

Dieses Netzwerk wurde mit der Kommunalisierung des Kindergartenwesens sehr eng gestrickt und schon vor dem Orientierungsplan Baden-Württemberg haben alle Heidelberger Träger von Kindertageseinrichtungen sich in der örtlichen Vereinbarung darauf verständigt, den Prozess der Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung gemeinsam anzugehen.

Schulkinder

Verlässliche Grundschule und flexible Nachmittagsbetreuung: Mit der Realisierung der „Verlässlichen Grundschule“ zum Schuljahr 2000/2001 ist die Kernzeitbetreuung in ihrer bisherigen Form wegfallen. Während die Kernzeitbetreuung sich bisher überwiegend an Grundschülerinnen und Grundschüler der Klassenstufen 1 und 2 gerichtet hat, umfasst die „Verlässliche Grundschule“ alle Kinder im Grundschulalter.

Die Stadt Heidelberg hat an allen Grundschulen die Betreuungsmodule in den Nachmittag hinein (bis 15.00 Uhr/15.30 Uhr) erweitert. Dadurch haben die Kinder die Möglichkeit, neben dem Mittagessen auch eine Hausaufgabenbetreuung in Anspruch zu nehmen.

¹ Quelle: Kinder- und Jugendamt

Zum Schuljahr 2003/2004 wurden an drei Heidelberger Grundschulen die Betreuungsangebote noch weiter optimiert und eine verlässliche Betreuung bis 17.00 Uhr inklusive einer Ferienbetreuung eingeführt (Hort an der Schule).

Erste Ganztagschule im Grundschulbereich in Heidelberg (an der Grundschule Emmertsgrund): Ein wichtiger Meilenstein für die Schulstadt Heidelberg war im Schuljahr 2005/2006 die Einrichtung der ersten Ganztagsgrundschule auf dem Emmertsgrund. Die langwierigen Verhandlungen mit dem Ministerium für Kultus, Jugend und Sport sind im April 2005 mit der Genehmigung zu einem sehr positiven Ende geführt worden. Trotz der kurzen Vorlaufzeit ist es gelungen, zum Schuljahr 2005/2006 mit der Ganztagschule zu beginnen.

In Heidelberg gibt es derzeit außer der Ganztagschule an der Grundschule Emmertsgrund noch zwei Ganztags Hauptschulen (an der Waldparkschule/Boxberg und der Geschwister-Scholl-Schule/Kirchheim).

Ein neues Landeskonzept (2006) fördert den Ausbau der Ganztagschulen im Land. Derzeit können die Kommunen dem Kultusministerium Schulen melden, die Ganztagschulen werden sollen. Es bestehen allerdings keine Zusagen seitens des Landes, welche Kommune wie viele Ganztagschulen einrichten kann. Bisher waren hauptsächlich Hauptschulen (als Brennpunktschulen) gefördert worden, jetzt sind Ganztagschulen grundsätzlich bei allen allgemeinbildenden Schulen möglich (Ausnahme gymnasiale Oberstufe), allerdings mit einem Schwerpunkt bei Grund- und Hauptschulen.

Für viele Erziehungsberechtigte ist die Beschulung ihres Kindes / ihrer Kinder in einer Ganztagschule beziehungsweise die Betreuungssicherheit im Hort oft die einzige Möglichkeit zur Berufsausübung. Für die 6,5 bis 10,5jährigen Kinder ergibt sich folgender Versorgungsgrad:

Schulkinder im Schuljahr 2006/2007	4276
Verlässliche Grundschule und flexible Nachmittagsbetreuung	1444
Plätze in Hortbetreuung	396
Plätze in Horten an der Schule	145
Ganztags-Grundschule Emmertsgrund	294
Gesamtplatzangebot	2279
davon Ganztagsbetreuung	835
Gesamtversorgungsgrad Betreuungsangebote	53,30 Prozent
davon Ganztagsversorgungsgrad	19,52 Prozent

Quelle: Kinder- und Jugendamt, Schulverwaltungsamt und eigene Berechnung

Ein Ausbau des bestehenden Betreuungsangebotes wurde am 12.10.2006 beschlossen.

Federführende Ämter: Kinder- und Jugendamt und Schulverwaltungsamt.

Handlungskonzept Demographischer Wandel in Heidelberg

Die oben skizzierten Maßnahmen zur Bildung und Erziehung vom Kleinkind bis zum Schulkind entsprechen dem „Handlungskonzept Demographischer Wandel in Heidelberg“ in den folgenden Aspekten:

„Netzwerk zur Qualitätssicherung der individuellen Förderung von Kindern:

Ein Qualitätssicherungsnetzwerk betrifft die Arbeit in Kitas, die Verbesserung der Kooperation und Schnittstelle Kita/Schule, die Schule sowie Förderung interkultureller Pädagogik gleichermaßen. Die Maßnahme ist besonders zielführend für die Stärkung von Elternschaft, Qualifikation und Integrationskompetenz. Insbesondere wichtig ist das Verständnis einer möglichst frühzeitigen Verknüpfung von Betreuung und Bildung.“

„Erarbeitung gemeinsamer Standards für den Lern- und Bildungsraum Schule: Maßnahmen zur Bildung haben höchste Priorität. Notwendig sind Zielvereinbarungen/ Standards und Controlling mit allen KooperationspartnerInnen zur Verbesserung des qualitativen und quantitativen Angebotes sowie ein Konzept zur Verbesserung des Übergangs Schule und Beruf für alle Heidelberger Haupt- und Realschulen.“

3. Kinderfreundliches und familienfreundliches Lebensumfeld

Die Stadt als Lebens- und Erfahrungsraum für Kinder

Die Wohnsituation von Kindern, die Quantität und Qualität von Spiel- und Freiräumen und die verkehrlichen Verhältnisse in der Stadt haben erhebliche Auswirkungen auf die physische und psychische Entwicklung der jungen Menschen. Die Gestaltung des städtischen Lebensumfeldes ist eines der wichtigsten Handlungsfelder der Kommune und folglich auch der Bereich, in dem diese am meisten Einfluss nehmen kann.

Vor diesem Hintergrund beauftragte der Jugendhilfeausschuss am 31. März 1992 die Verwaltung, im Rahmen der Bauleitplanung eine Kinderfreundlichkeitsprüfung durchzuführen. Dieser Beschluss stand am Ende eines intensiven Diskussionsprozesses, der vom damaligen "Forum Kinderfreundliches Heidelberg" eingeleitet wurde. An dieser Diskussion waren neben den Forumsmitgliedern auch Gemeinderäte und Verwaltungsfachkräfte beteiligt. Das zentrale Anliegen besteht darin, die Inhalte der Bauleitplanung auf ihre Kinderfreundlichkeit hin zu überprüfen, um Kinderinteressen besser und dauerhaft in die Stadtgestaltung einzubeziehen. Unter dieser Vorgabe wurde in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe des Stadtplanungsamtes und des Kinder- und Jugendamtes eine "Checkliste für Planer" erarbeitet und Mitte 1996 dem Gemeinderat vorgelegt. Die Fragen und Kriterien der "Checkliste" beziehen sich grundsätzlich auf die Ebene der Bebauungsplanung. Manche der Aspekte können jedoch erst auf der Ebene der Objektplanung eingelöst werden.

Die „Checkliste für Planer“ befasst sich mit folgenden Themenbereichen:

- I. Bedarf an Einrichtungen der sozialen Infrastruktur
- II. Spielorte und -flächen im Plangebiet
- III. Standorte von Spielflächen und (sozialen) Infrastruktureinrichtungen
- IV. Vielfalt der Nutzungen
- V. Kinder und Verkehr

Die Fragen und Kriterien sind bei der Erstellung von Bebauungsplänen grundsätzlich zu prüfen und soweit wie möglich zu berücksichtigen/umzusetzen.

Im Herbst 1995 legte das Kinder- und Jugendamt unter inhaltlicher Mitwirkung des „Forums Kinderfreundliches Heidelberg“ den Bericht „Kinder in der Stadt – Einblicke in Lebensfelder“ vor. Dieser befasste sich mit folgenden Themen:

- Lebenssituation Heidelberger Kinder:
 - Kinder in Kindertageseinrichtungen
 - Kinder und Schule
 - Kinder und Gesundheit
 - Kinder und Verkehr
 - Wohnumfeld und Spielräume
- Arbeit mit Kindern
 - Kinder und Mitbestimmung in der Kommune
 - Offene Arbeit mit Kindern
 - Kinder in Vereinen und Verbänden
- Kinder in der Kommunalpolitik

In dem Bericht wird deutlich gemacht, dass „der Weg zu einer ‚kinderfreundlichen Stadt‘ überall dort besonders großer Anstrengungen bedarf, wo Bedürfnisse von jungen Menschen im Interessenkonflikt zu anderen Gruppen der Bevölkerung stehen. (...) Dabei müssen auch immer wieder Formen gefunden werden, um die Kinder selbst zu Wort kommen zu lassen. Kinder wissen meist sehr genau, was sie in ihrem Lebensumfeld stört und oft überraschen sie mit Lösungsvorschlägen, die ernst genommen werden müssen.

Wohnen

Für eine Stadt mit sehr hohen Bodenwerten wie Heidelberg ist ein ausreichendes Angebot an bezahlbarem Wohnraum für junge Familien und ein familienfreundliches Wohnumfeld von großer Bedeutung. Bei den Planungen zum Baugebiet „Furukawa“ wurde erstmalig der Ansatz verfolgt, mit Hilfe eines städtebaulichen Vertrages den privaten Investor zur Herstellung eines bestimmten Anteils an mietpreisgebundenem Wohnraum genauso zu verpflichten wie zur Errichtung einer Kindertagesstätte. Außerdem konnten bei der Fortschreibung der Planung durch die engagierte Mitarbeit bereits dort wohnhafter Familien eine Optimierung der Freiflächen- und Spielplatzsituation erreicht werden. Angesichts dieser guten Erfahrungen ist vorgesehen, bei der Herstellung der Grün- und Freianlagen eine Mitwirkung und Eigenleistungen der ansässigen Familien zu ermöglichen. Die Selbstverpflichtung der Stadt Heidelberg, einen Anteil des Baugebietes „Schollengewann“ an Baugruppen zu veräußern, ist ein weiterer Beitrag für ein familienfreundliches Lebensumfeld und generationsübergreifende Angebote.

Mit dem Grundsatzbeschluss des Gemeinderates zur Einführung des Baulandmanagements haben die guten Ergebnisse solcher im Einzelfall erarbeiteten Ansätze zur Mietpreisbindung und Steigerung des Wohnwertes durch entsprechende Qualitäten des Wohnumfeldes Eingang in die Leitlinien für künftige Entwicklungsflächen gefunden.

Wichtigstes Zukunftsprojekt wird in diesem Zusammenhang die Bahnstadt sein. Städtebauliche Voraussetzung für Familienfreundlichkeit ist die Nähe durch Dichte und Mischung sowie sichere und attraktive Wege. Es wird bei der Realisierung dieses größten Baugebietes darauf geachtet werden, weitere Potenziale einer kleinteiligen Nutzungsmischung und einer möglichst einfachen Organisation von Arbeiten und Wohnen/Familienleben zu erschließen. Neben einem abgestuften Angebot von privaten bis öffentlichen Höfen, Promenaden, Plätzen und Park spielt die Sicherung der normalen Straße als Frei- und Aufenthaltsraum insbesondere für Kinder eine große Rolle. Dementsprechend sieht das Erschließungs- und Parkraumkonzept Dauerparkplätze nicht in den Straßen, sondern ausschließlich in privaten oder Sammelgaragen vor.

Die Verkehrsverhältnisse im Straßenraum sind weiter im Hinblick auf eine selbständige Verkehrsteilnahme von Kindern zu optimieren. Stadtteilbezogen sollen Maßnahmenprogramme für punktuelle Verkehrsverbesserungen in enger Abstimmung mit Schulen, Kindergärten, Elternvertretungen und anderen erstellt werden (siehe Vorlage Leitlinien einer kinderfreundlichen Verkehrsplanung vom 12.10.2006).

Mit der Einrichtung des Quartiermanagements für die Bahnstadt ist ein wesentlicher Baustein zur aktiven Einbindung und Beteiligung möglichst vieler Akteure und Akteurinnen geschaffen worden.

Federführendes Amt: Stadtplanungsamt

Mobilität

Das Thema „Kinder und Verkehr“ ist in den letzten Jahren stärker in den Blickpunkt des öffentlichen Interesses gerückt, was in der Arbeit von Initiativen aber auch bei der Themenstellung von Gremien der Stadt Heidelberg sichtbar wird:

- Es bestehen zahlreiche Elterninitiativen, die sich stadtteilorientiert oder bezogen auf einzelne Schulen für eine Verbesserung der Situation von Kindern im Straßenverkehr einsetzen.
- Die Kinderbeauftragten betrachten das Thema "Kinder und Verkehr" als einen der wichtigsten Arbeitsschwerpunkte.
- Das Thema "Schulwegsicherung" ist ein wichtiger Bestandteil der Arbeit des Verkehrsreferats.
- Der „Arbeitskreis clever unterwegs“ fordert und fördert die selbständige Bewegung von Kindern und Jugendlichen im Verkehr. Besonders mit der Kampagne „Ich laufe gern!“ setzt er sich dafür ein, dass Kinder ihre alltäglichen Wege zur Schule und zu Freizeitangeboten möglichst ohne „Taxi Mama“ zurücklegen. Der Arbeitskreis führt dabei zahlreiche Aktionen unter anderem an Schulen durch, die in den Tätigkeitsberichten des Agenda-Büros näher beschrieben sind.
- Die vom Gemeindevorstand beschlossenen „Leitlinien für eine kinderfreundliche Verkehrsplanung“ unterstreichen auch den aktuellen gesellschaftlichen und politischen Stellenwert dieses Themas.

Auf planerischer Ebene haben vor allem der Verkehrsentwicklungsplan und die Jugendhilfeplanung Kirchheim mit dem „Kinderwegenetz“ einen Beitrag zu einem kinderfreundlicheren Verkehr geleistet.

- **Verkehrsentwicklungsplan Heidelberg**

Die im Verkehrsentwicklungsplan Heidelberg (VEP) formulierten Leitziele für einen umwelt-, stadt- und sozialverträglichen Verkehr sind auch im Interesse von Kindern:

- Verringerung der Umweltbelastungen
- Schaffung und Erhaltung von Freiräumen (Plätze, Straßenräume, Grünflächen)
- Wiederherstellung von Raum für städtisches Leben (Handel, Aufenthalt, Freizeit)
- Gleichberechtigung der einzelnen Verkehrsarten
- Schaffung gleicher Mobilitätschancen für alle
- Verringerung von Gefährdungen und Beeinträchtigungen²

Die im VEP aufgeführten Maßnahmen zur Förderung des Radverkehrs und zum Ausbau des ÖPNV sind ein wichtiger Schritt hin zu einem Mobilitätsverhalten, das auch Kindern Raum lässt. An dieser Stelle seien einige Maßnahmen genannt, die im unmittelbaren Zusammenhang mit dem Thema „Kind im Straßenverkehr“ stehen:³

- Programm zur Schulwegsicherung: Im Frühjahr 1990 wurde vom Amt für öffentliche Ordnung ein Katalog mit Maßnahmen zur Schulwegsicherung in den Stadtteilen zusammengestellt. Die dort aufgeführten Maßnahmen konnten zum Großteil realisiert werden.
- Die flächendeckende Einführung von Tempo 30 in Heidelberg, mit Ausnahme der Hauptverbindungsstraßen, war ein wichtiger erster Schritt zu mehr Verkehrssicherheit für Kinder in ihrem Wohnumfeld.
- Eine Verlängerung der Grünschaltung für Fußgänger und Sofortgrün bei Anforderungsampeln ist an vielen Übergängen gerade auch für Kinder eine sehr wichtige Maßnahme.

² Verkehrsentwicklungsplan Heidelberg 1994, 6

³ vgl. Informationsvorlage zum Verkehrsentwicklungsplan (VEP) Heidelberg, März 1995. Aufgeführte Maßnahmen teilweise unabhängig vom VEP.

- Die Durchsetzung des Parkverbots auf Gehwegen würde die Verkehrssicherheit für Kinder, insbesondere für junge Radfahrer, deutlich erhöhen. Diese Maßnahme ist auch im
 - Interesse von Eltern mit Kleinkindern, die häufig Probleme haben, beparkte Gehwege mit dem Kinderwagen zu passieren. Schließlich sind autofreie Gehwege auch die Voraussetzung dafür, diese Flächen zum Spielen zu nutzen.
 - Die Verhinderung des Durchgangsverkehrs durch Wohngebiete ist zwingende Voraussetzung, um mehr Sicherheit für Kinder zu erreichen.
- **Kinderwegenetz Kirchheim**
 - Das Thema „Kinder und Verkehr“ stellte einen wichtigen „Baustein“ des bereits 1994 vorgelegten Jugendhilfeplans Kirchheim dar. Die Bestandsaufnahme vor Ort ergab, dass sowohl der fließende als auch der ruhende Verkehr das Spielen ebenso wie das ungefährdete Fortbewegen von Kindern auf den Straßen des Stadtteils enorm behindert. Wegen des großen Bedarfs nach Spiel-, Bewegungs- und Begegnungsmöglichkeiten für Kinder wurde ein Nutzungskonflikt um den Straßenraum festgestellt. Vor diesem Hintergrund wurde in enger Zusammenarbeit mit Bewohnern des Stadtteils der Vorschlag zu einem „Kinderwegenetz Kirchheim“ erarbeitet und von einer ämterübergreifenden Arbeitsgruppe weiterentwickelt.
 - Nach langen und intensiven Diskussionen in den politischen Gremien entstand in der ersten Ausbauphase ein Netz aus verkehrsberuhigten Bereichen, unbeparkten Gehwegen und sicheren Übergängen über Hauptverkehrsstraßen, das in Nord-Süd-Richtung durch den Stadtteil verläuft. Mit dieser Maßnahme wurde vor allem die Erreichbarkeit vorhandener Spielräume für Kinder verbessert und ein selbständiges, gefahrloseres Fortbewegen von Kindern innerhalb des Stadtteils ermöglicht. Es wurde darauf geachtet, dass möglichst viele der für Kinder wichtigen Orte (Schulen, Kindergärten, Spielplätze, Spielstraßen, Sportstätten, Kindertreff, etc.) durch dieses Netz miteinander verbunden sind.
 - Nach dem Bau der Straßenbahn in Kirchheim muss das Kinderwegenetz in seinem Verlauf überprüft und den neuen Verkehrsführungen angepasst werden. Die Existenz des Kinderwegenetzes Kirchheim hat dazu geführt, dass sich auch viele andere Heidelberger Stadtteile ein solches Angebot wünschen. In vielen Workshops zu den Stadtteilrahmenplänen wurde diesem Thema eine sehr hohe Priorität beigemessen.

Federführende Ämter: Stadtplanungsamt, Verkehrsreferat sowie das Agenda-Büro

Spiel- und Freiräume

Im Stadtgebiet Heidelberg können auf mehr als 120 Kinderspielplätzen mit einer Gesamtfläche von rund 178.000 Quadratmetern einschließlich der Schulhöfe die Kinder und Jugendlichen zum Beispiel schaukeln, matschen, kicken und toben. Die Betreuung dieser Spielanlagen, Umgestaltungen und Neuanlagen ist eine Aufgabe des Landschafts- und Forstamtes.

Durch das Anfang der 90er Jahre beschlossene Spielflächenkonzept wurde erstmals eine Bestandsaufnahme aller Spielflächen vorgenommen, mit dessen Hilfe eine breitgestreute und am Bedarf orientierte Spielflächenversorgung in den einzelnen Stadtteilen gesichert werden soll. Durch diese konzeptionelle Arbeit wird die Grundlage geschaffen, die Lebensbedingungen, insbesondere für Kinder und Jugendliche im städtischen Wohnumfeld, zu verbessern. Seit Aufstellung des Konzeptes erhöhte sich die Zahl der Spielplätze, das Spielflächendefizit verringerte sich trotz wachsender Zahl von Kindern und Jugendlichen.

Für die Altstadt, Kirchheim und Boxberg ist das Konzept bereits umgesetzt. Die Weststadt/Südstadt, Handschuhsheim und Rohrbach sind zurzeit in der Umsetzung. Besondere Erwähnung verdient der im Jahre 2005 gebaute Wasserspielplatz auf dem Neckarvorland zwischen der DLRG-Station und dem Neckar. Seine Finanzierung gelang mit Hilfe der Stadtwerke Heidelberg AG und der Europäischen Gemeinschaft (im Rahmen des ARTery-Projektes „Lebendiger Neckar“). Vom ersten Tag an wurde dieser Spielplatz von Kindern, Jugendlichen, Eltern und Großeltern mit großer Zustimmung angenommen.

Eine große Bedeutung bei allen zu bewältigenden Aufgaben hat die Beteiligung der Kinder und Eltern bereits im Planungsstadium und eine ständige Rückkopplung mit den Nutzerinnen und Nutzern. Dies geschieht in enger Abstimmung mit den Kinderbeauftragten und häufig auch mit den Stadtteilkindern.

Federführendes Amt: Landschafts- und Forstamt

Generationsübergreifende Angebote

- Im Rahmen der vom Gleichstellungsamt durchgeführten Zukunftswerkstätten ist in Neuenheim ein generationsübergreifendes Veranstaltungsangebot zunächst in Selbstorganisation und später mit Unterstützung des DPWV entstanden, das im jetzigen Seniorenzentrum fortgeführt wird.
- Mit vielen Jugend- und Kindereinrichtungen in Heidelberg gibt es immer wieder als Projektarbeit eine Zusammenarbeit mit den Seniorenzentren im Stadtteil. Zu nennen sind hier exemplarisch Computer- und Handyworkshops von Schülerinnen und Schülern für Ältere, Vorleseomas in Kindertagesstätten, gemeinsames Anlegen eines Schulgartens, Erzählcafés (Ergebnis eine Dokumentation der Lebensbiographien der Älteren), gemeinsame Gymnastikgruppe von Älteren und Kindergartenmüttern u.ä.m.
- Darüber hinaus gibt es – angesiedelt beim Amt für soziale Angelegenheiten und Altenarbeit – bereits seit 1991 den Paten-Oma Dienst. Ältere Menschen, die Lust haben sich zu engagieren und Kontakte zu Kindern und jungen Menschen suchen, bekommen dadurch die Chance sich aktiv am Leben zu beteiligen und für junge Familien ergibt sich nicht selten eine verlässliche Hilfe und Unterstützung.
- Für jene, die wegen ihres Alters oder anderer Gründe auf kleinere Unterstützung angewiesen sind, ist das Projekt/Konzept des „Paten-auf-Zeit/ Paten mit Zeit“ entwickelt worden. Es basiert auf der Unterstützung durch Ehrenamtliche für hilfebedürftige Menschen in Form von Hilfe beim Schriftverkehr, bei Begleitung zu Behörden, Spaziergängen, oder Gesprächen, um Isolation und Einsamkeit entgegenzuwirken.
- Das Amt für soziale Angelegenheiten und Altenarbeit ist mit allen Institutionen, die sich für das vom Bundesministerium für Familie, Senioren Frauen und Jugend unterstützte Aktionsprogramm „Mehrgenerationenhäuser“ interessieren, im Gespräch. Konzepte und Kooperationsmöglichkeiten werden geprüft, einzelne Projekte beraten und unterstützt. Erhoben wird außerdem für alle Seniorenzentren, wie verstärkt intergenerationelle und multikulturelle Angebote in den Stadtteilen platziert werden können.

Federführende Ämter: Amt für soziale Angelegenheiten und Altenarbeit, Kinder- und Jugendamt.

Handlungskonzept Demographischer Wandel in Heidelberg

Die oben skizzierten Maßnahmen zum kinder- und familienfreundlichen Lebensumfeld entsprechen dem „Handlungskonzept Demographischer Wandel in Heidelberg“ in den folgenden Aspekten:

„Schule zu einem angenehmen Lebens- und Bildungsraum machen:
Der Jugendgemeinderat wird gebeten, entsprechende Vorschläge zu erarbeiten.“

„Ausbau zu Fuß erreichbarer, barrierefreier Grünanlagen auch als intergenerativer Begegnungsraum mit Bewegungsflächen und Spielgeräten für alle Generationen:
Die Schaffung eines positiven Wohnumfeldes mit Grün- und Begegnungsflächen und stärkerer Verkehrsberuhigung hat hohe Priorität. Wichtig sind auch Sportflächen für ältere Menschen. Bei der Barrierefreiheit ist zudem insbesondere der Bereich des ÖPNV stärker zu fokussieren, um die Mobilität zu erleichtern.“

4. Öffentlichkeitsarbeit

Internetauftritt

Ein weiteres Projekt ist die Gemeinschaftsinitiative des Amtes für Öffentlichkeitsarbeit und des Amtes für die Gleichstellung zur Einrichtung eines Internetportals für die Themen „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ und „Familienfreundlichkeit“. Serviceorientiert soll zugänglich sein, was die Stadt in diesem Handlungsfeld zu bieten hat. Zielgruppe sind nicht nur die klassischen Familien mit Kindern, sondern auch pflegende Familienmitglieder, Seniorinnen und Senioren, Migrantinnen und Migranten sowie Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber.

Unter Federführung des Amtes für Öffentlichkeitsarbeit ist gemeinsam mit dem Gleichstellungsamt und dem Kinder und Jugendamt eine entsprechende Internetplattform erarbeitet worden. Das Internetangebot soll in einem ersten Schritt noch 2006 innerhalb des städtischen Auftritts veröffentlicht werden. Für 2007/2008 ist eine Kampagne „familienfreundliches Heidelberg“ mit vielfältigen Aktionen und Publikationen angedacht. In dem Zusammenhang und im Zuge des für 2007 vom Amt für Öffentlichkeitsarbeit geplanten Relaunches des städtischen Internetauftritts soll auch das bestehende Internetangebot zu einem attraktiven Internetportal ausgebaut werden.

Seit Juli 2006 wurde der Internetauftritt des Amtes für die Gleichstellung neustrukturiert. Schnell überschaubar werden die rechtlichen Grundlagen und Ziele von Gleichstellungspolitik einsehbar, genauso Strategien und Projekte des Amtes. Ausgearbeitet wird gegenwärtig ein statistischer Datenüberblick, der unter der Überschrift „Frauen und Männer in Heidelberg“ Auskunft zur Verwirklichung der Chancengleichheit in der Stadt unter Einbeziehung aller wesentlichen Themenfelder gibt. Kontinuierlich ergänzt werden die Initiativen und best practice für Chancengleichheit sowohl durch Institutionen, Firmen, Vereine oder Initiativen in Heidelberg als auch innerhalb jedes Amtes der Stadtverwaltung Heidelberg. Das Thema Familienfreundlichkeit wird dabei immer wieder berührt. Dies gilt auch für die „Service-Seiten“.

Federführende Ämter: Amt für Öffentlichkeitsarbeit, Kinder- und Jugendamt, Amt für soziale Angelegenheiten und Altenarbeit, Amt für die Gleichstellung von Frau und Mann.

Bevölkerungsumfrage

Mitte Januar 2006 hat die Forschungsgruppe Wahlen Telefonfeld GmbH, Mannheim, im Auftrag der Stadt Heidelberg eine repräsentative Befragung unter den Heidelberger Bürgerinnen und Bürgern zum Thema „Demographischer Wandel“ durchgeführt.

Sie wurden im Hinblick auf die zu erwartenden soziodemographischen Veränderungen nach ihren Lebensentwürfen, nach der Einstellung zu Partnerschaft und Kindern sowie zum Zusammenleben der Generationen, Kulturen und Nationen befragt. Ein weiterer Umfrageschwerpunkt war die Beurteilung der in Heidelberg vorhandenen Infrastruktureinrichtungen und des Wohnungsangebotes. Was sagen die Befragten zum Leben mit Kindern in Heidelberg? Wie werden die Möglichkeiten zur Kinderbetreuung bewertet und wo gibt es Defizite? Wer möchte in der Universitätsstadt Nachwuchs – und welche Faktoren beeinflussen die Familienplanung? Wichtig war auch zu erfahren, wie sich die Heidelbergerinnen und Heidelberger mit dem Thema „Älterwerden“ auseinandersetzen. Welche Vorstellungen und konkreten Optionen haben sie in Bezug auf altengerechtes Wohnen, auf Hilfe im Alltag oder im Pflegefall? Welche generationenübergreifenden Netzwerke bestehen? Welche Hilfsangebote werden genutzt? ⁴

Die Zusammenführung aller vorgenannten Aussagen und damit verbundenen Herausforderungen wird nun Aufgabe der Verwaltung sein. Für den hier zu behandelnden Zusammenhang ist von Bedeutung, dass immerhin 50 Prozent der Heidelberger Befragten reklamierten, dass Politik und Verwaltung in Heidelberg die Wünsche und Probleme von Familien weniger stark oder überhaupt nicht beachten.

Federführendes Amt: Amt für Stadtentwicklung und Statistik

⁴ Quelle: Amt für Stadtentwicklung und Statistik

Handlungskonzept Demographischer Wandel in Heidelberg

Die oben skizzierten Maßnahmen zur Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit entsprechen dem „Handlungskonzept Demographischer Wandel in Heidelberg“ in den folgenden Aspekten:

„Durchführung von Stadtteilkonferenzen:

Die Workshops zu den Stadtteilrahmenplänen sollen zu kontinuierlich stattfindenden Stadtteilkonferenzen weiter entwickelt werden. Hierbei ist es wichtig, tragfähige Konzepte zur Motivation der Bürgerinnen und Bürger an einer Mitarbeit zu erarbeiten und umzusetzen.

Im Rahmen von Stadtteilkonferenzen soll insbesondere die Gestaltung des öffentlichen Raums Thema sein. Es soll darauf geachtet werden, dass der öffentliche Raum so (um)gebaut wird, dass die Entstehung von tragfähigen „Nachbarschaften“ möglich ist. Dies gilt insbesondere für Projekte in städtischer Trägerschaft oder Projekte der GGH. Weitere wichtige Themen sind bedarfsorientierte Angebote im Bereich Bildung, Kultur, Sport und Mobilität sowie zum Beispiel die Auslobung eines Wettbewerbs zur attraktiven Gestaltung der Hinterhöfe.“

„Kooperative Planung im Bereich Infrastruktur und Einrichtung eines Quartiersmanagements ergänzt durch Patenschaften zu verschiedenen Themenbereichen in der Bahnstadt:

Wenn BewohnerInnen eines neuen Stadtteils bereits an der Entstehung ihres Gemeinwesens beteiligt werden, wird die Identifikation mit dem Stadtteil erfahrungsgemäß schneller wachsen. Deshalb soll in der Bahnstadt exemplarisch Quartiersmanagement unter Einbindung von Bürgerbeteiligungsmodellen erprobt werden.“

II. Ausblick auf die kommenden Jahre. Was ist weiterhin geplant?

Nicht nur angesichts des im Jahr 2007 anstehenden Europäischen Jahres der Chancengleichheit, sondern auch im Hinblick auf die eingangs dargelegte Bedeutung einer erfolgreichen Politik der Geschlechtergerechtigkeit für steigende Geburtenziffern wird es darauf ankommen, Aufbruchstimmung sowohl für Familienfreundlichkeit als auch für Chancengleichheit zu erzeugen.

Mit allen Leitlinien der Teilfortschreibung des Stadtentwicklungsplanes

- Den Demographischen Wandel aktiv gestalten
- Heidelberg als familienfreundliche Stadt
- Heidelberg als Wohnstandort stärken
- Lebenslanges Lernen
- Stadt der Fairness
- In einer jungen Stadt alt werden – Kultur des Alterns ermöglichen
- Integration ist die Aufgabe von allen
- Mit Kultur Brücken bauen
- Neue Partnerschaft zwischen Bürger/innen und Stadt
- Aktives und solidarisches Stadtleben ermöglichen
- Heidelberg als attraktiven Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort positionieren
- Heidelberg als starken Partner in der Region
- Stadtverwaltung als vorbildliche Arbeitgeberin und innovative Dienstleiterin
- Mobilität für alle Altersgruppen
- Der öffentliche Raum als Ort der Begegnung
- Flexibel bauen
- Bahnstadt als Schlüsselprojekt für die Stadtentwicklung

steht auch der Familienbegriff und die Chancengleichheit von Frauen und Männern in weiterem oder engerem Zusammenhang. Die Stadtverwaltung ist mit ihren aktuellen weitreichenden Anstrengungen in zahlreichen Netzwerken engagiert und arbeitet an der Optimierung des Angebotes. Die Erweiterung bestehender Netzwerke wird nicht nur eine Frage des Gesamtmanagements, sondern auch der finanziellen Ressourcen sein.

Ein „Heidelberger Bündnis für Familie“ – wie im Maßnahmenpaket der verwaltungsinternen Arbeitsgruppe als eines der wichtigsten Punkte genannt – kann als eine Säule unter dem Dach „Perspektive Heidelberg – Gemeinsam Zukunft gestalten“ einen wertvollen und vor allem innovativen Impuls für eine beide Geschlechter stärkende Familienpolitik setzen.

Auf Bundesebene steht ein Servicebüro als Ansprechpartner für die „Lokalen Bündnisse für Familie“ zur Verfügung. Mit finanziellen Mitteln kann nicht gerechnet werden. Ein anfänglicher Mehraufwand, der durch die Gründung eines „Heidelberger Lokalen Bündnisses für Familie“ durch die Initiative von Seiten der Verwaltung entstehen würde, müsste durch entsprechende Haushaltsmittel und/oder Personal an entsprechender Stelle ermöglicht werden. Langfristig verteilen sich Zeit, Geld und Know-how auf viele Partnerinnen und Partner.

Die Verwaltung kann – muss aber nicht – Koordinations- oder Stabstelle für ein solches Bündnis sein. Sie kann auch als Initiatorin, Moderatorin und/oder Unterstützerin auftreten. Für die Vorbereitungen, die im Zusammenhang mit der Gründung eines Lokalen Bündnisses stehen, wie Werbung von Mitinitiatorinnen und -initiatoren, Bündnispartnerinnen und -partnern, Öffentlichkeitsarbeit, erste Workshops zur Ideenfindung für Arbeitskreise/-gruppen im Bündnis sowie die Gründungsveranstaltung an sich, sind entsprechende Ressourcen (Zeit, Raum, Personal, finanzielle Mittel) notwendig.

Die Verwaltung wird auf der Grundlage dieses Zwischenberichts zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine Beschlussvorlage vorlegen.

Weiterführende Informationen finden sich auch auf folgenden Internet-Seiten:

<http://www.lokale-buendnisse-fuer-familie.de>

<http://www.bmfsfj.de/>

<http://www.familien-wegweiser.de/>

<http://www.erfolgsfaktor-familie.de/>

http://www.metropolregion-rhein-neckar.com/Arbeitskreis_Vereinbarkeit_vo.57.0.html

<http://www.mannheim.de/>

<http://www.bff-nbg.de/>

gez.

Beate W e b e r